

15.03.84

Antrag

der Länder Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen

zum

Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung

Punkt 16 b) der 533. Sitzung des Bundesrates am 16. März 1984

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Nach der Vorgabe des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, für 1984 die angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele darzulegen, ist es verfehlt, wenn die Bundesregierung zum wiederholten Male auf im Oktober 1982 vorgefundene angebliche Fehlentwicklungen hinweist.

Die Bundesregierung erkennt, daß es weniger Elemente ihrer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik waren, die eine begrenzte Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion verursachten, als vielmehr eine verstärkte Nachfrage aufgrund der

- von der sozial-liberalen Bundesregierung beschlossenen Investitionszulage,
- massiven Sonderprogramme für den Wohnungsbau, die durch Ländereininitiativen ergänzt wurden,
- Ausweitung der Geldmenge über den von der Bundesbank vorgesehenen Zielkorridor hinaus,
- niedrigeren Zinsen, die weniger zum Sparen, dafür zur vermehrten Aufnahme von Konsumenten- und Wohnungsbaukrediten anregten,
- Freigabe hoher bis dahin gesperrter Sparguthaben nach dem Vermögensbildungsgesetz.

...

2. Der Bundesrat bedauert, daß die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht darüber hinweggeht, daß in 1983 mit einer Verringerung der Zahl der Erwerbstätigen um 442 000 ein massiver Beschäftigungsabbau stattfand und gleichzeitig die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen um rd. 425 000 stieg. Damit ist das Ziel des Stabilitätsgesetzes, einen hohen Beschäftigungsstand anzustreben, eklatant verfehlt. Es hat sich außerdem gezeigt, daß die Selbstheilungskräfte des Marktes nicht ausreichen, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Dies wird bestätigt durch die Aussage des Sachverständigenrates in seinem Jahresgutachten 1983/84, daß sogar bei einem realen Wachstum von 3 - 3,5 v.H. pro Jahr die Arbeitslosigkeit bis 1990 nicht beseitigt werden kann.

Der Bundesrat bedauert vor diesem Hintergrund, daß die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht wiederum keine beschäftigungspolitischen Initiativen vorsieht.

3. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, ihre einseitig angebotspolitisch orientierten Maßnahmen insbesondere durch eine Ausrichtung finanz- und beschäftigungspolitischer Instrumente auf mehr Nachfrage und Beschäftigung abzusichern. Die mit den Haushaltsbegleitgesetzen 1983 und 1984 eingeleitete Politik des Abbaus sozialer Leistungen einerseits und der einseitigen Begünstigung von Besserverdienenden andererseits ist zu beenden.
4. Der Bundesrat vermißt auch eine klare industriepolitisch orientierte Flankierung der strukturellen Wandlungsprozesse in unserer Wirtschaft. Dies gilt besonders bei den Bereichen Kohle, Stahl und Werften, wo seit längerem krisenhafte Entwicklungen mit schwerwiegenden sozial- und regionalpolitischen Folgeschäden eingetreten sind.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung für eine Mitgestaltung der Anpassungsprozesse in diesen Branchen nachzukommen, um der Zuspitzung der Arbeitslosigkeit in den von diesen Wirtschaftszweigen geprägten Regionen entgegenzuwirken.

Eine zukunftsorientierte Industriepolitik müßte insbesondere darauf gerichtet sein, Forschung und Entwicklung durchgängig in allen Branchen zu verstärken, Anreize für die Errichtung hochtechnologisierter Industrien zu schaffen, die unumgängliche Einführung neuer Technologien human und sozialverträglich zu gestalten, sowie den unvermeidbaren Kapazitätsabbau und Modernisierungen in der Industriestruktur beschäftigungs- politisch abzusichern.

5. Der Bundesrat bedauert, daß sich die Bundesregierung hinsichtlich der Familien- und Steuerpolitik auch im diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht auf allgemeine Aussagen beschränkt. Er vermißt ein klares steuerpolitisches Konzept, welches Auskunft über Zeitpunkt, Volumen, Struktur und Finanzierung gibt. Das vom Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung für diese Legislaturperiode angekündigte Konzept des Familiensplittings lehnt der Bundesrat als unsozial ab; stattdessen fordert er eine Erhöhung des Kindergeldes.

Er weist schon heute vorsorglich darauf hin, daß die Bundesregierung für eine ausgewogene Finanzierung etwaiger tarifbedingter Einnahmeausfälle zu sorgen hat.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, zur Vorbereitung einer etwaigen Gemeindefinanzreform mit den Ländern und dem Vertretern der kommunalen Spitzenverbände Gespräche aufzunehmen. Eine sorgfältige Analyse aller in der Diskussion befindlichen Modelle, ergänzt durch Alternativrechnungen, ist unerlässlich.